

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 268 – 27. Januar 2023

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute vor 78 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit. Anlässlich dieses Ereignisses gedenken wir heute der im Nationalsozialismus ermordeten Frauen, Männer und Kinder und setzen ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen.

Auch der Deutsche Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus jährlich in einer Gedenkstunde. In diesem Jahr hielt die Holocaust-Überlebende Rozette Kats die Ansprache und berichtete aus ihrer ebenso eindrucksvollen wie beklemmenden Biografie. Sie erzählte, wie sie den Holocaust im Gegensatz zu ihrer Familie nur überleben konnte, weil sie von ihren späteren Adoptiveltern in Amsterdam versteckt wurde, wie sie erst viele Jahre nach Kriegsende den Mut gefasst hat, ihren echten Namen zu gebrauchen, und wie sie mit dem langen Schatten der Vergangenheit zu leben gelernt hat.

Was uns die Biografie von Rozette Kats und die deutsche Geschichte auftragen, ist die Pflicht zur Erinnerung und die Mahnung, dass sich das Leid und der Schrecken des Holocaust niemals wiederholen dürfen.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Inflation

EU braucht Antwort auf US-Subventionspaket

Die US-Regierung hat letztes Jahr den US Inflation Reduction Act vorgestellt. Mit diesem Gesetz werden 535 Milliarden US-Dollar für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und das amerikanische Gesundheitssystem bereitgestellt. Die Auswirkungen sind bereits jetzt sichtbar. Nicht nur der Batteriehersteller Northvolt stellt seine Pläne für eine Batteriefabrik in Schleswig-Holstein infrage und überlegt, das Werk aufgrund der höheren Subventionen und günstigeren Energiepreise stattdessen in den USA zu errichten. Es ist verständlich, dass sich die europäischen Regierungen Gedanken über die Zukunft des Investitionsstandortes machen.

Es ist höchste Zeit, dass sich der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister auf EU-Ebene für eine europäische Antwort einsetzen. Einen Subventionswettbewerb gegen die USA kann Europa nicht gewinnen, ohne alle Grundsätze solider Haushaltsführung über Bord zu werfen. Auch sollte jetzt nicht den lauten Rufen einiger EU-Länder nachgegeben werden, endgültig in die gemeinsame europäische Schuldenaufnahme einzusteigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche ihre Vorstellungen für eine Antwort auf das US-Subventionspaket vorgestellt. Die europäische Antwort muss sich insbesondere auf die folgenden drei Punkte konzentrieren:

1. Bürokratieabbau: Wir brauchen eine verbindliche Bürokratiebremse in der gesamten EU. Ohne flexible Arbeitsmärkte, schlanke Verfahren und eine Reform der EU-Beihilferegeln bleiben die USA der attraktivere Produktionsstandort.
2. maßgeschneiderte Anreize: Von den europäischen Wiederaufbaufonds sind viele Milliarden noch nicht abgerufen worden. Diese Mittel sollten zunächst für eigene Investitionsanreize ausgeschöpft werden.
3. Grüner Wasserstoff made in Europe: Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Wenn es gelingt, die Produktionskapazitäten im Süden Europas mit den Industrieclustern im Norden und Osten zu vernetzen, kann die Vielfalt Europas zur Stärke werden.

Union fordert angemessene Vergütung für Klimaleistungen der Wälder

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Schaffung eines Vergütungssystems, welches die Leistungen der Waldbesitzer für den Umwelt- und Klimaschutz angemessen honoriert. Die Vergütung soll sich dabei insbesondere an der CO₂-Bindungsleistung der Wälder orientieren, da diese Leistung messbar und wissenschaftlich valide ist.

Die Bundesregierung will den Waldbesitzern neue bürokratische Hürden auferlegen. Die Union will eine angemessene Honorierung der Ökosystemleistung der Wälder und zusätzliche Anreize für ihre nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung setzen. Die Wälder liefern einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Allein durch die photosynthetische Einbindung von CO₂ in Biomasse können die heimischen Wälder jährlich etwa sieben Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen binden. Weitere Beiträge zum Klimaschutz leisten die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes, aber auch die Nutzung weiterverarbeiteter Holzprodukte, da sie energieintensivere Baumaterialien wie zum Beispiel Zement oder Stahl ersetzen können.

Der klimastabile Umbau der Wälder, die beispielsweise widerstandsfähiger gegen Dürreperioden sind, ist unbedingt notwendig. Nur so kann der Wald auch künftig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Für die Waldbesitzer ist dies jedoch mit hohen finanziellen Mitteln verbunden, die nicht allein mit den Erträgen aus der Holzproduktion zu stemmen sind. Daher brauchen wir ein neues Vergütungssystem.

Ampel-Streit um Leopard-Panzer ist beschämend

Die Entscheidung über die Lieferung von Panzern in ein Kriegsgebiet ist alles andere als einfach und man kann in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sein. Das Verhalten des Bundeskanzlers in den vergangenen Wochen gegenüber NATO-Partnern und die offen zur Schau gestellte Uneinigkeit in der Ampel empfinde ich jedoch als beschämend. Die Ampel schadet damit Deutschlands Ansehen in der Welt.

Es ist gut, dass der Bundeskanzler nun endlich eine Entscheidung getroffen hat, auch wenn der außen- und sicherheitspolitische Flurschaden immens ist. Die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine ist folgerichtig. Um sich weiterhin gegen die russischen Angriffe wehren zu können und sich in eine gute Verhandlungsposition zu bringen, braucht die Ukraine in der aktuellen Phase des Krieges neben Systemen zur Luftverteidigung und weitreichender Artillerie auch Kampfpanzer westlicher Bauart. Es liegt im ureigenen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine weiterhin besteht und das russische Großmachtstreben zurückgedrängt wird. Dafür braucht die Ukraine die Leopard-Panzer.

Es macht mich jedoch nach wie vor fassungslos, dass ein Bundeskanzler in einer der zentralen verteidigungspolitischen Fragen die Öffentlichkeit tagelang über seine Haltung im Unklaren lässt. Stattdessen versucht er mit absurden Begründungen, Zeit zu schinden. Scholz ist mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen, wer bei ihm Führung bestelle, bekomme sie. An diesem Anspruch ist er einmal mehr kläglich gescheitert. Er isoliert Deutschland mit seinem Verhalten zunehmend innerhalb der NATO. Ebenso peinlich ist die Kritik von Grünen und FDP am Bundeskanzler. Die Ampel sollte Uneinigkeiten intern klären und nicht vor den Augen der Weltöffentlichkeit austragen. Grünen und FDP steht es jederzeit frei, die Koalition zu verlassen, wenn sie mit der Arbeit des Bundeskanzlers nicht einverstanden sind. Der Ampel-Streit blamiert Deutschland in der Welt. Vor dem Hintergrund des unermesslichen Leids, das sich jeden Tag in der Ukraine abspielt, entsetzt dieses Verhalten.

Bundestag verkleinern - Bürgerstimme erhalten

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche erstmals die Vorschläge zur Reform des Wahlrechts beraten. Die im Vorschlag der Ampel vorgesehene Begrenzung des Bundestages auf eine feste Größe von 598 Abgeordneten begrüße ich ausdrücklich. Der Bundestag muss kleiner werden. Der von der Ampel vorgeschlagene Weg dahin verstößt nach meiner Auffassung jedoch gegen gleich mehrere Prinzipien unserer Verfassung. Ich halte es für höchst fragwürdig, dass ein direkt gewählter Abgeordneter nicht automatisch in den Deutschen Bundestag einziehen soll. Der Vorschlag der Ampel würde dazu führen, dass zahlreiche Wahlkreise nicht mehr mit einem Abgeordneten im Bundestag vertreten wären. Besonders betroffen wären insbesondere Städte sowie Wahlkreise in den östlichen Bundesländern. Ich sehe in dem Vorschlag der Ampel die große Gefahr, dass die Politikverdrossenheit weiter zunehmen wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Ampel daher einen Kompromiss vorgeschlagen, der sich auf fünf Punkte stützt:

1. Die Anzahl der Wahlkreise wird auf 270 reduziert.
2. Die Regelgröße für Listenmandate wird auf 320 erhöht.

3. Die Anzahl der unausgeglichene Überhangmandate wird auf die verfassungsrechtlich zulässige Anzahl erhöht.
4. Überhangmandate einer Partei in einem Bundesland werden wie bisher mit Listenmandaten der gleichen Partei in anderen Bundesländern verrechnet.
5. Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf Wahlkreisen einen Sitz errungen haben.

Dieses Modell hätte den großen Vorteil, dass weiterhin jeder Wahlkreis mit einem Abgeordneten im Bundestag vertreten wäre. Der Bundestag würde dennoch deutlich, auf etwa 600 Abgeordnete, reduziert werden. Mit 270 Wahlkreisen und 320 Mandaten über die Listen der Parteien würde die Größe des Bundestages sogar noch unter der Zielgröße der Koalition liegen.

Der Union geht es darum, den Bundestag deutlich zu verkleinern, aber zugleich die Bürgerstimme und damit die Vertretung aller Regionen im Bundestag beizubehalten.

60 Jahre deutsch-französische Freundschaft

Am 22. Januar 1963 wurde die deutsch-französische Freundschaft durch die Unterschriften von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle besiegelt.

Der Élysée-Vertrag ist bis heute eine beispiellose Erfolgsgeschichte der Versöhnung und Zusammenarbeit. Gerade auch in der gegenwärtigen Zeit, mit ihren enormen Herausforderungen, ist das enge Zusammenwirken zwischen Deutschland und Frankreich sowie eine starke EU wichtiger denn je: für den Schutz der Freiheit und Sicherheit auf unserem Kontinent, zur Stärkung unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Absicherung unseres Wohlstands.

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrages fanden am vergangenen Sonntag eine gemeinsame Arbeitssitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale sowie ein Festakt in Paris statt.

Gespräch mit dem Botschafter Belgiens

Die Parlamentariergruppe Belgien-Luxemburg konnte in dieser Woche den Botschafter des belgischen Königreichs, Geert Muylle, zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen. Wir haben insbesondere über die Frage der Energiesicherheit, die Wasserstoffstrategie unserer Länder und die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Mobilität gesprochen.

Als Vorsitzender der Parlamentariergruppe möchte ich dem Botschafter im Namen aller Teilnehmer für den überaus konstruktiven und angenehmen Austausch danken.

Austausch mit Gerolsteiner zur Eifelstrecke

Welches Potential hätte die Eifelstrecke, wenn sie durchgehend zweigleisig ausgebaut wäre? Hierzu habe ich mich mit Ann Börries von der Gerolsteiner Brunnen GmbH ausgetauscht. Gerolsteiner hat großes Interesse, die eigenen Lieferungen noch mehr über die klimafreundliche

Schiene abzuwickeln. Ohne einen zweigleisigen Ausbau wäre die Taktung der Eifelstrecke jedoch auf wenige Züge pro Stunde und Richtung begrenzt.

Wenn es die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung, den Verkehrsträger Schiene stärken zu wollen, ernst meint, muss auch das Thema des zweiten Gleises für die Eifelstrecke nochmal auf die Tagesordnung.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de